



Freerk Huisken

Bildungsstreik 2009: Kämpferischer Einsatz für verbesserte Konkurrenzbedingungen in der Schule

Der Bildungsstreik 2009 steht an; mit einem Katalog von sieben Forderungen, der von ziemlich großer *Wertschätzung* für das Bildungswesen der Bundesrepublik zeugt. Wie denn das? Wo sich die Organisatoren des bundesweiten Streiks doch ausgesprochen *kämpferisch* geben: Sie wollen „*nicht lieb protestieren*“, sie planen vielmehr Blockaden und Besetzungen, wie sie in ihrer Presseerklärung ankündigen. Gleichwohl bestätigt ein Blick auf den *Inhalt* ihrer Forderungen, dass sie sauber trennen möchten zwischen *Umständen* des schulisch organisierten Lernens, die sie stören, und der *schulischen Bildung*, die sie verteidigen. Sie meinen, dass hässliche Verhältnisse an den Schulen, die ihnen aufstoßen, eigentlich unpassend seien für das deutsche Bildungswesen und die *politischen Zwecke*, für die es vom Staat betrieben wird.

Gleiche Verdummung für alle?

Woran ist denn bei dem – ersten - Wunsch nach „*kostenloser Bildung für alle*“ gedacht? Da weiß man zwar, dass sich Schüler aus armen Familien keine Nachhilfe leisten können und manchmal sogar die Klassenfahrt sausen lassen müssen. Da weiß man also um die Sortierung dieser Gesellschaft nach Reich und Arm. Aber die Streikmannschaft stört sich allein an den *Auswirkungen* des Einkommensgefälles auf das Bildungsgeschehen. In der *Schule* wenigstens soll das Geld der Eltern keine Rolle spielen, wenn sich an ihm auch sonst alles entscheidet. Über den *Schulerfolg* soll nicht das Portemonnaie der Eltern entscheiden! Sondern was? *Allein* die Leistungskonkurrenz? Offensichtlich sollen sich in der Schule alle unter gleichen Lernbedingungen am Start um die aussichtsreicheren Schulkarrieren aufstellen. Das sehen Bildungspolitiker anders: Sie halten es keineswegs für ungehörig, dass die Einkommensunterschiede auch in der Schule – und mit Studiengebühren an der Universität - wirksam werden, wo das Bildungswesen die nachfolgende Generation doch in genau diese Gesellschaft von Reich und Arm einführt.

Auch die – zweite - Parole: „*Eine Schule für alle – weg mit dem mehrgliedrigen Schulsystem*“ ist von diesem schulischen Gleichheitsideal beseelt. An der Mehrgliedrigkeit des Schulsystems stößt den Streikkomitees irgendwie sauer auf, dass die Schule die Lernenden sortiert, die Schule also Ungleichheit produziert. Doch was wäre eigentlich, wenn alle Schüler in einundderselben Schule nach denselben Grundsätzen traktiert würden? Wäre das nicht gleiche Verdummung für alle bei Selektion durch Punkte und Noten? Und wenn Schluss wäre mit der Selektion nach vier Schuljah-

ren, wenn gar allen der Weg zum Abitur offen stünde? Dann ginge das Hauen und Stechen um Zugang zu den besseren Fressnapfen erst in der Uni und auf dem Arbeitsmarkt, da aber so richtig los! Dass die besser bezahlten Führungspositionen, um die vom ersten Schultag an ein Kampf organisiert ist, immer nur einer *Minderheit* zustehen, scheint ja nicht der Stein des Anstoßes zu sein. Hauptsache es gehören zusätzlich ein paar Angehörige der Unterschicht zu dieser Minderheit. Dann ist schon wieder viel für soziale Gerechtigkeit getan!

Staatliche Verschärfung des Leistungsdrucks

Und fällt denn niemanden auf, dass – drittens - eine Schule mit „*mehr LehrerInnen und kleineren Klassen*“ nur den Lehrern das Leben leichter macht. Klar, die Schüler würden vielleicht mehr lernen – was auch immer! Lehrer könnten ihnen mehr Zeit widmen – weshalb auch immer! Was käme dabei heraus? Allein das Lernniveau würde sich ändern, auf dem die Schulklassen in der Lernkonkurrenz nach Schulsiegern und Schulverlierern zerlegt werden.

Wer schließlich - viertens - „*gegen Schulzeitverkürzung – wie dem G8-Abitur*“ antritt, dem passt zwar die staatliche Verschärfung des Leistungsdrucks nicht, dem fällt dagegen aber nichts als der Wunsch nach Rückkehr zu jener früheren Normalität ein – über die er sich schon mal beschwert hat. Nicht zuletzt auch über mangelhafte Mitbestimmung.

Deswegen darf auch die – fünfte - Forderung nach „*Demokratisierung des Bildungssystems*“ erneut nicht fehlen. Dass die Anstalt von den Schülern, ohne dass sie ihren Senf dazu geben dürfen, nur halb so gut zu genießen ist, leuchtet Schülern sofort ein, die die Schule als ihre (Vormittags-)Heimat leben. Außerdem kann man in der Demokratie gar nicht früh genug lernen, sich darum zu kümmern, dass in der Schule wirklich jede ungerechte Beurteilung, jede Lehrerbeleidigung, jede dem Lernen abträgliche, antiquierte Arbeitsmethode und was sonst noch das geistliche Miteinander von Lehrer und Schüler stört, sofort und gnadenlos bei den *Zuständigen* zur Anzeige kommen muss, die sich dann kümmern. Die *Zuständigen*, das sind die Staatsbeamten in der Leitung der Bildungsanstalten. Die gehören nämlich zu den Guten.

Praxisnah im Dienst für Staats- und Geldmacht

Das ist – sechstens - dem radikal gemeinten Ruf: „*Beendet den Einfluss der Wirtschaft auf die Schulen!*“ zu entnehmen. Denn „*die Wirtschaft*“, das sind die Bösen, die in der Schule nichts zu suchen haben. Aber ist es nicht so, dass die Schule den Nachwuchs auf nichts anderes als auf den Dienst an und in dieser Wirtschaft vorbereitet? Geht es der *staatlichen* Sorge um das Funktionieren des Bildungswesens um etwas anderes, als dass die Schule als Lieferant von praktisch vorsortiertem Menschenmaterial für „*die Wirtschaft*“ funktioniert. So etwas heißt heute '*Praxisnähe*' und gilt als Teil von Reform. Eine andere Praxis als die im Dienst in und für Staats- und Geldmacht kennen die staatlichen Bildungsreformer nun einmal nicht. Wer also dem Einfluss der Wirtschaft auf die Schule dort entgegentreten will, wo sie auch noch penetrant als Lobby und Sponsor auftritt und durchrechnet, ob nicht aus dem Schulwesen selbst noch ein Geschäftchen zu machen ist, kommt etwas zu spät.

Aufgehoben im Schoß des Staates?

Es passt also manches nicht zusammen im Streikaufruf: Da stellen die Streikkomitees der Schüler eine Reihe von Forderungen auf, in denen ihre *Kritik* an *staatlicher Schulpolitik* zusammenge-

fasst ist, um dann am Ende wieder mit einem *Plädoyer* für die gerade eben kritisierte staatliche Bildungspolitik aufzuwarten. Im Schoß des Staates fühlen sie sich letztlich doch besser aufgehoben als in dem der Wirtschaft, verkünden sie mit ihrer Absage an jeglichen Einfluss ökonomischer Macht. Als ob man hierzulande zwischen Staats- und Geldmacht wählen könnte! Und wenn sie – siebtens - schlussendlich „*Schluss mit Repressionen gegen Schüler und Schülerinnen*“ rufen, wird es noch eine Spur absurder. Wer übt denn hier, bitte schön, Repression aus? Es sind immerhin staatliche Bildungsbehörden, die jene Schüler disziplinieren und bestrafen, welche sich durch Vorschriften nicht von ihrem Schulkampf abhalten lassen wollen. Und eben diese staatlichen Einrichtungen sollen der *adäquate Ansprechpartner* für solche Forderungen sein, deren demonstrativer Vortrag mit Sicherheit wieder einigen Schülern staatliche „Repression“ einträgt?!

Der kritische Nachwuchs und die schulischen Lern- und Konkurrenzbedingungen

Aber letztlich passt wieder alles zusammen: Wo die sieben Forderungen des Bildungsstreiks weder die Sicherung der praktischen Benutzbarkeit noch die der geistigen Parteilichkeit durch die Schule angreifen, sie weder am letzten Bildungsziel der Schule, sich „*aktiv für die demokratische Ordnung*“ einzusetzen, etwas aussetzen noch die Verteilung des Nachwuchses auf die vorgegebene kapitalistische Berufshierarchie zum Thema machen, sondern allein die Verbesserung von Lern- und Konkurrenzbedingungen in der Schule anmahnen, da sind sie bei staatlichen Bildungsbehörde an der richtigen Adresse. Einerseits wenigstens. Andererseits fragt sich natürlich, warum Bildungspolitik all das - und noch viel mehr - in der Schulpolitik eingefallen ist, was dem kritischen Nachwuchs so gar nicht schmeckt. Zufall wird das wohl nicht sein und gewürfelt haben ihre Vertreter auch nicht. Welche politischen und ökonomischen Gründe sie für das Schulwesen haben, so wie sie es jetzt - nach PISA - umkrepeln, das müsste man wirklich einmal ermitteln. Es steht zu erwarten, dass dabei herauskommt, dass Schule im Kapitalismus anders funktioniert, als es sich diejenigen Schüler vorstellen wollen, die immer nur ihre *Enttäuschung* darüber kund tun, dass Schule ihren Konkurrenzidealen nicht so zu Diensten ist, wie sie es gerne hätten und wie sie es von *ihrem Staat* erwarten.



Über den Autor:

*Freerk Huisken, Dr., *1941, studierte in Oldenburg Pädagogik und arbeitete bis 1967 als Lehrer. Anschließend Studium der Pädagogik, Politik und Psychologie in Erlangen-Nürnberg. Von 1971 an Professur an der Universität Bremen: Politische Ökonomie des Ausbildungssektors. Seit März 2006 im Ruhestand.*

Kontakt:

www.fhuisken.de
huisken@online.de

AUSWEGE – Perspektiven für den Erziehungsalltag

Online-Magazin für Bildung, Beratung, Erziehung und Unterricht
www.magazin-auswege.de
auswege@gmail.com